Fachzeitschrift für die Bediensteten des Justizvollzugs **E 5604**

Der Vollzugsdienst

4-5/2011 - 58. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

Langjährige BSBD-Forderungen werden nun realisiert

Übergangszahlungen für die Beschäftigten im Justizvollzug

Seite 4

Der „Justizvollzug ist eine staatliche Pflicht – und keine Kür!“

Justizminister Stickelberger, Baden-Württemberg, im Gespräch mit dem BSBD

Seite 9

Berliner Justizsenatorin verzettelt sich in unterschiedlichen Aussagen!

Übernahme der Anwärterinnen und Anwärter weiterhin ungeklärt

Seite 19

Der „Justizvollzug ist eine staatliche Pflicht – und keine Kür!”

Lesen Sie im Fachteil: Leitsätze zum Urteil des zweiten Senats vom 4. Mai 2011

Gespräch des BSBD-Landesvorstandes im Justizministerium am 28. Juli 2011

Justizminister Stickelberger: Der „Justizvollzug ist eine staatliche Pflicht – und keine Kür!“

Mit dieser klaren Aussage hat der neue Hausherr im Justizministerium seine grundlegenden Bemühungen um den baden-württembergischen Justizvollzug eindrucksvoll gekennzeichnet. Dieser Grundsatz wird deutlich unterstrichen durch die bereits beschlossene Rückführung der Privatisierung bei der JVA OFFENBURG, womit der Justizminister ein erstes überzeugendes Zeichen für seine Politik gesetzt hat. In gespannter Erwartung haben sich am 28. Juli 2011 der Landesvorsitzende Alexander SCHMID mit seinen Stellvertretern Elfriede ENSLE-BOHN, Georg KONRATH und Wolfgang NEUREUTER kurz vor 14.00 Uhr im Justizministerium in Stuttgart eingefunden. Zudem wurde der BSBD-Landesvorstand vertreten durch Justitiar Gerhard MAURER-HELLSTERN und Pressereferent Wolfgang KLOTZ (s. AKTUELL 7/2011). Zu diesem Zeitpunkt trafen auch Justizminister Rainer STICKELBERGER, Ministerialdirektorin Bettina LIMPERG als Amtschefin des Ministeriums und Ministerialdirigent Ulrich FUTTER als Abteilungsleiter Justizvollzug im Besprechungsraum ein. Ebenfalls anwesend war der Leiter der Zentralstelle Dr. ALLMENDINGER.

Die Zusammenkunft zum Kennenlernen und zu einem „ersten Gedankenaustausch“ fand in sachlicher und angenehmer Atmosphäre statt, und sie zeichnete sich durch beiderseitige Offenheit mit gelegentlichen humorigen Einsprengseln aus.

Nach der freundlichen Begrüßung durch Justizminister **STICKELBERGER** gab der Landesvorsitzende **Alexander SCHMID** seiner großen Freude darüber Ausdruck, dass nur gut drei Monate nach der Einsetzung der neuen Landesregierung dem **BSBD** bereits ein Gesprächstermin gegeben werden konnte. Dies sei für ihn ein Anzeichen für die Wertschätzung und die Bedeutung des **BSBD** als die führende Gewerkschaft im baden-württembergischen Justizvollzug, die sich übergreifend für alle Dienstbereiche einsetzen würde. Um diese Aufgaben entsprechend ausüben und konstruktive Beiträge beisteuern zu können, sei der **BSBD**-Landesverband zur allzeitigen – wenn auch nicht immer unkritischen – Kooperation bereit. Wichtig sei für ihn dabei, eine offene, vertrauensvolle und praxisbezogene Kommunikation zu pflegen.

Bei diesem ersten Gespräch im Justizministerium wurden insbesondere folgende Vollzugs- und Bedienstetenfragen aus aktueller und grundsätzlicher Sicht behandelt:

- Gerade aus aktuellem Anlass nahm die **verfassungskonforme Neugestaltung der Sicherungsverwahrung (SV)** einen recht breiten Raum ein. **Justizminister Stickelberger** sieht die bereits eingeleiteten Maßnahmen für die Justizvollzugsanstalten **Freiburg** und **Bruchsal** auf gutem Wege, auch unter Beachtung des vom Bundesverfassungsgericht (BVerfG) geforderten **„Abstandsgebots“.** Er hob die bereits erarbeiteten konzeptionellen Vorleistungen der JVA Freiburg hervor, die in dieser Frage zu einem Vorsprung von Baden-Württemberg gegenüber den anderen Bundesländern geführt hätten. Es müsse jedoch noch eine Menge getan werden. So bedürfe es für die postulierte **„Therapieausrichtung der SV“** jeweils acht Stellen für therapeutisches Personal in Freiburg und Bruchsal, und da eine rechtliche Verpflichtung zu Therapieangeboten bestehe, könne die Einstellung von Personal nicht von der Haushaltslage abhängen. Von **BSBD**-Kollegen **Maurer-Hellstern** wurde auch auf den notwendigen Einsatz des allgemeinen Vollzugsdienstes hingewiesen, der ebenso wie der Werkdienst durch die alltägliche Betreuung wesentlicher Bestandteil der Resozialisierung von Sicherungsverwahrten sei und der auch praktisch die schwierige Ausführung der **„freiheitsorientierten Maßnahmen“** (**BVerfG**) zu übernehmen habe. Die wirksame Absicherung von „verwahrungsöffnenden Maßnahmen“ würde gerade bei Sicherungsverwahrten (zum Beispiel bei Ausführungen und Außenbeschäftigungen) einen erhöhten Personaleinsatz erfordern. **Offene Fragen ergäben sich aus der Sicht des BSBD noch zur „Individualisierung der Therapie“ und zur „rechtlichen Absicherung der Entscheidungsträger“.** Hierzu wurde von Justizminister **Stickelberger** und Ministerialdirektorin **Limperg** erklärt, dass für sie eine frei zu wählende einklagbare Therapie keine Option sei und Entscheidungen zu öffnenden Maßnahmen nach wie vor einer sehr gründlichen und sorgfältigen Prüfung zwingend bedürften. Dennoch müsse auch die Absicherung der Entscheidungsträger bei der Ausgestaltung der Sicherungsverwahrung Berücksichtigung finden. Von einer „Vollkaskomentalität“ oder dem Streben nach „150-prozentiger Sicherheit“ brauche man sich aber nicht einengen zu lassen, auch wenn es sich nach Minister **Stickelberger** vor dem Hintergrund einer „schürenden Medien-

V.l.n.r.: Ministerialdirigent Ulrich Futter, Ministerialdirektorin Bettina Limperg, Justizminister Rainer Stickelberger, Landesvorsitzender Alexander Schmid, Pressereferent Wolfgang Klotz, stv. Landesvorsitzende Elfriede Ensle-Bohn, stv. Landesvorsitzender Wolfgang Neureuther, stv. Landesvorsitzender Georg Konrath.

welt um vermintes Gelände“ handele. Zur Diskussion kam auch eine eventuelle Orientierung der SV an der **Forensik** oder gar ihre Übernahme durch die **Zentren für Psychiatrie** (ZfP). Eine Eingliederung der Sicherungsverwahrung in die Zuständigkeit des Sozialministeriums und der ZfP sei nach Auffassung des Ministers jedoch politisch nicht umsetzbar und zudem müsse die Sicherungsverwahrung wegen ihrer praktischen und sicheren Ausgestaltung beim Justizvollzug verbleiben. (s. hierzu auch den Artikel „Sicherungsverwahrung“ im **VOLLZUGSDIENST 3/2011, S.10**) Allerdings seien noch **Unterbringungsgemeinschaften** für Sicherungsverwahrte durch Zusammenschluss mehrerer Bundesländer in der politischen Diskussion, wobei auf Nachfrage von Ministerialdirektorin **Limperg** an die Praktiker des **BSBD** Einrichtungen mit maximal 80 bis 100 Verwahrten als „gerade noch regierbar“ erachtet wurden. Unter diesem Aspekt würden dann bundesweit für die insgesamt knapp 500 Sicherungsverwahrten etwa fünf bis sechs Therapie- und Sicherungseinrichtungen ausreichen. **Nach einhelliger und nachdrücklicher Aussage von Minister STICKELBERGER und von Amtschefin LIMPERG stünde für sie auch bei der Neugestaltung der Sicherungsverwahrung der Bestandteil der Sicherheit zum Schutz der Bevölkerung völlig und zumindest gleichrangig neben der „BVerfG-Auflage“ der „Freiheitsorientierung“ und der „Therapieausrichtung“. Dies wurde von Ministerialdirektorin Bettina LIMPERG nach der Medieninformation vom 16. August 2011 des Justizministeriums Baden-Württemberg deutlich hervorgehoben, indem sie sagte: „Wichtig ist, dass unter Beachtung der verfassungsrechtlichen Vorgaben keine Sicherheitslücken entstehen.“ Denn nach Ansicht der Justizstaatssekretäre und -staatssekretärinnen der Länder, die sich am 16. August 2011 in Berlin mit der Neuregelung der Sicherungsverwahrung befasst haben, sind „z.B. Sicherungen gegen unvorhergesehene Entlassungen im gerichtlichen Verfahren notwendig. Es sei auch erforderlich, klare Regelungen zum Umgang mit dauerhaft therapieunwilligen Untergebrachten zu treffen.“ (s. Abdruck der Medieninformation vom 16. August 2011 in dieser Ausgabe des VOLLZUGSDIENST).**

- **Das Thema Privatisierung im Justizvollzug hat sich durch den Besuch von Justizminister STICKELBERGER am 15. Juli 2011 in der JVA Offenburg gewissermaßen von selbst erledigt.**
  Der Vertrag mit dem **privaten Dienstleister KÖTTER** wird aufgrund der fünfjährigen Laufzeit unter Einhaltung der 18-monatigen Kündigungsfrist zum 30. 07. 2014 beendet sein. Nach seinem Eindruck vor Ort – so der Minister – wird in der Anstalt von der Leitung und den Bediensteten hervorragende Arbeit geleistet. Seine Gespräche mit Mitarbeitern und dem Personalrat hätten aber Unterschiedlichkeiten und Unzuträglichkeiten zwischen den privaten und staatlichen Beschäftigten erkennen lassen, die auch die Sicherheitslage berührt hätten. Im Zuge der Rückabwicklung zum rein staatlichen Betrieb seien in kommender Zeit sicher Probleme zu erwarten, die auch zu anstaltsübergreifenden Belastungen und zu Einschränkungen führen könnten. In Offenburg werde geprüft, ob Mitarbeiter der **Fa. KÖTTER** übernommen werden könnten. Hierbei denke Minister **Stickelberger** insbesondere an Betreuungspersonal wie z. B. Ärzte oder Psychologen, de-

Beamtendarlehen ab
0,99 %
gibts bei uns nicht! Dafür aber Top-Konditionen für Beamte und Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst!

Alles spricht für ein Beamtendarlehen über das dbb vorsorgewerk:

- ✓ Freier Verwendungszweck: z. B. für die Umschuldung bisheriger Kredite, Ausgleichen von Rechnungen oder Investitionskredit für größere Anschaffungen
- ✓ Darlehen von 10.000 € bis 80.000 €
- ✓ Flexible Laufzeiten: 12, 15 oder 20 Jahre
- ✓ Festzinsgarantie
- ✓ Höchsteintrittsalter 58 Jahre
- ✓ 100 % anonym (keine Datenweitergabe an Unberechtigte)
- ✓ 100 % Vertrauensgarantie
- ✓ Bestkonditionen für Beamte und Tarifbeschäftigte*

* Erhalten Sie bei einem anderen Anbieter eine nachweislich günstigere monatliche Rate für ein Beamtendarlehen – bei gleicher Laufzeit inklusive Überschuss – als bei uns, schenken wir Ihnen einen 100 € Tankgutschein!

Jetzt anrufen: 030/40 81 64 81 und unverbindliches Angebot abfordern!
Oder E-Mail an **beamtenkredit@dbb.de**
Mehr Infos unter **www.dbb-vorsorgewerk.de**

dbb vorsorgewerk
günstig • fair • nah

ren Arbeit und Leistung ja von der Anstaltsleitung gut beurteilt werden könne. Es müssten aber auch haushaltsmäßig Weichen gestellt werden, um Bedienstete für den Werkdienst und den allgemeinen Vollzugsdienst neu einstellen zu können. Auf Frage des **BSBD**-Landesvorsitzenden **Schmid** erklärte Minister **Stickelberger** offen und ohne Umschweife, dass Abordnungen an die JVA Offenburg von anderen Anstalten wohl unvermeidbar werden würden. Dabei werde aber die Abteilung Justizvollzug nach den Grundsätzen der sozialen Verträglichkeit und der zeitlichen Begrenzung verfahren. Erhebliche finanzielle Folgen durch den Ausstieg aus der Teilprivatisierung, deren Einsparpotential ohnehin fraglich war, werden indessen nicht gesehen – und für den Fall, dass doch Kosten entstehen, stellte Justizminister **Stickelberger** klar: „Pflicht geht nicht einzusparen – und Justizvollzug ist Pflicht und nicht Kür!“ (s. zu dieser Thematik auch den Artikel aus dem **„Behördenspiegel“** vom Juli 2011, S. 33 mit einem Interview des Landesvorsitzenden **Alexander Schmid** zu Privatisierungen im Justizvollzug, abgedruckt an anderer Stelle in diesem **VOLLZUGSDIENST**).

- **Justizminister Stickelberger und Ministerialdirigent Futter halten an den Zielsetzungen des Haftplatzentwicklungsprogramms 2015 fest, das 2007 aufgelegt wurde, um die „baden-württembergische Vollzugslandschaft“ zu verändern sowie effektiver und moderner aufzustellen.** (Zur Erinnerung: durch die Schaffung von 2.400 neuen und die Aufgabe von 1.200 alten Haftplätzen sollte ein Netto-Zugang von 1.200 neuen Haftplätzen erreicht werden). Dieses in Anfängen bereits umgesetzte Programm sei zwar „wegen des Haushalts aus dem Zeittakt geraten“, es werde aber fortgesetzt, da es „in seinen Zielsetzungen alternativlos“ sei. So bliebe es auch beim **Neubau-Vorhaben** für eine **JVA Rottweil**, zu deren Standort auch ein einmütiger Beschluss des Rottweiler Gemeinderats vorliegen würde. In dieser durch Bürgerinitiativen in Rottweil immer noch umstrittenen Frage werde er als Justizminister sowohl mit dem Ministerpräsidenten und dem Finanzminister sprechen als auch die JVA Rottweil alsbald besuchen. Einen erneuten Einstieg in die Standortdebatte halte er indessen nicht mehr für angezeigt. (s. hierzu auch **AKTUELL 4/2008**) Im Zusammenhang mit dem Haftplatzentwicklungsprogramm bat die **BSBD**-Kollegin **Ensle-Bohn** um belastbare Aussagen zu Zeitpunkten und Standorten für schon angekündigte **Schließungen** von kleinen Vollzugseinrichtungen, wie dies z.B. für die Außenstelle Heidenheim der JVA Schwäbisch Gmünd schon lange im Gespräch sei. Hier seien verständlicherweise die Bediensteten im Hinblick auf ihre künftigen privaten Planungen sehr verunsichert. **Zum gesamten vielschichtigen Komplex des Haftplatzentwicklunsprogramms 2015 meinte Justizminister STICKELBERGER abschließend: „Das Ziel ist klar – der Weg beschwerlich!“**
- **Für ein „stimmiges Personalentwicklungskonzept“ schilderte BSBD-Kollege Konrath an einem Fallbespiel sehr eindrucksvoll die vertikale Durchlässigkeit der wohlverstandenen Einheitslaufbahn bei der Polizei und die horizontale Undurchlässigkeit der abgeschotteten Einzellaufbahnen im Justizvollzug.** Die im Koalitionsvertrag angekündigte **„zweigeteilte Laufbahn“**, die für alle Polizeibeamte gleichermaßen einen Aufstieg in den gehobenen und höheren Dienst ermöglichen soll, wäre auch im Vollzug ein anzustrebendes Ziel. Hierfür müssten aber nicht nur vereinzelt individuelle, sondern allgemein institutionalisierte Aus- und Fortbildungsangebote eingerichtet werden. Gerade von Angehörigen der mittleren Dienste (AVD, WD, MVD) könnten bei entsprechender Qualifizierung, die sie sich zum Teil bereits auf private Initiative angeeignet hätten, sehr gut Funktionen im gehobenen Dienst eingenommen werden. Bei dieser Erörterung kam auch die neue **Justizakademie im Schwetzinger Schloss**

WWW.BGV.DE
BGV
BADISCHE VERSICHERUNGEN

Unsere leistungsstarke Kfz-Versicherung zum fairen Preis.
// Einfacher Basistarif, Klassikdeckung oder Exklusivschutz?
// Exklusiv mit Auslandsschadenschutz, Neuwertentschädigung bis zu 24 Monate, Rabattschutz und Ersatzauto im Schadenfall
// Öko-Bonus für umweltfreundliche Antriebsarten oder einen CO_2-Ausstoß bis 130 g/km
Jetzt einsteigen bei Badens Autoversicherer Nr. 1
BGV / Badische Versicherungen
Durlacher Allee 56 / 76131 Karlsruhe
Telefon 0721 660-3150 // Fax 0721 660-0 // E-Mail ksc@bgv.de

Justizminister Rainer Stickelberger besuchte die Justizakademie im Schwetzinger Schloss.

zur Sprache, die Justizminister **Stickelberger** erst am 26. Juli 2011 besucht hatte. Diese Akademie entsteht derzeit in der ehemaligen Fachhochschule für Rechtspflege, wobei insbesondere noch Unterbringungsmöglichkeiten für die Kursteilnehmer zu schaffen seien. Ansonsten würden dort für die gesamte Justiz Schulungen und Weiterbildungsmaßnahmen angesiedelt werden. Zur – im Koalitionsvertrag vorgesehenen – Überprüfung der **Sonderaltersgrenze bei 60 oder 62 Lebensjahren** erklärte der Justizminister, dass dieses Problem nach nicht einmal 100 Tagen im Amt noch nicht angegangen werden konnte. Hierzu bedürfe es auch zwingend der Kontaktaufnahme mit seinem Kollegen **Innenminister**, da diese Frage ebenso Polizei und Feuerwehr betreffen würde. Auch den von der Vorgängerregierung vorgenommenen Einschränkungen bei den **Regelungen zur Personalvertretung** werde man sich – gemäß Koalitionsvertrag – nochmals annehmen. Es sei ihm nämlich wichtig, dass die Bediensteten ausreichend gehört werden könnten. Deshalb sei er bestrebt, den Personalvertretungen wieder einen größeren Rahmen zur Mitsprache im LPVG einzuräumen. Schließlich wurde vom **BSBD** noch auf die **„Unwucht" bei Zulagen** für die **Tarifbeschäftigten** im Vergleich zu den Verbesserungen bei den Vollzugsbeamten hingewiesen (gemäß abgeschlossener Dienstrechtsreform 2011). Hier wurde darum gebeten, sich für die Vereinbarung von Öffnungsklauseln im TV-L einzusetzen. Für gleiche Belastungen müsse es auch gleiches Geld geben, trugen die **BSBD**-Vertreter mit Hinweis auf die unterschiedlich hohe „Gitterzulage" bei Beamten und Tarifbeschäftigten vor. (Um insbesondere gerade die Probleme der Tarifbeschäftigten zu klären, wird bei der nächsten **Landeshauptvorstandssitzung im Oktober 2011** eine Arbeitsgruppe mit Fachleuten zur Beratung und zur Klärung von Tariffragen eingerichtet werden).

Zum Abschluss des Gesprächs hob Landesvorsitzender Alexander SCHMID nochmals die uneingeschränkte Bereitschaft des BSBD-Landesvorstandes zur Kooperation, zur konkreten Mitarbeit in allen den Justizvollzug und seine Bediensteten betreffenden Fragen hervor, wie dies auch in zurückliegender Zeit bei der Suche und beim Finden von Lösungen erfolgreicher guter Brauch war (wie z.B. bei der Neuregelung des Schicht- und Wechseldienstes oder bei der Einführung der „blauen Uniform").

Justizminister Rainer STICKELBERGER nahm dieses Angebot gerne auf und bekräftigte seinerseits, bei seinen Entscheidungen und Maßnahmen die Betroffenen und insbesondere den BSBD als die führende Gewerkschaft im Justizvollzug mit seinen praktischen Kenntnissen und seinem Sachverstand einbinden zu wollen, wobei ihm vor allem an frühzeitiger Information und Transparenz gelegen sei, denn nur so sei auch die Akzeptanz der Bediensteten zu gewinnen. Sehr positiv bewertete er auch die Beiträge im „VOLLZUGSDIENST", die klar erkennen ließen, wie gründlich und sorgfältig der Koalitionsvertrag gelesen worden sei.

Die freundliche Verabschiedung nach den offenen und aufschlussreichen Erörterungen von über eineinhalb Stunden Dauer blieb nicht ohne die fest erklärte Absicht von beiden Seiten, solche gemeinsamen Gesprächsrunden künftig fortzuführen.

(Dieser Beitrag ist in verkürzter Form bereits als **AKTUELL Nr. 8/2011** verbreitet worden. Dennoch wurden die Ausführungen hier nochmals übernommen, weil die aufschlussreichen Erklärungen von **Justizminister Stickelberger** und **Ministerialdirektorin Limperg** über das Land Baden-Württemberg hinaus auch bundesweit Bedeutung haben können.

Dies wurde auch vom **BSBD-Bundesvorsitzenden Anton Bachl** zur Entscheidung über die Aufgabe der Privatisierung in der JVA Offenburg festgestellt. Aber auch die Äußerungen zur Vollzugs- und Personalentwicklung sowie zur Sicherungsverwahrung sind von übergreifender Bedeutung). *wok*

Bisherige Vorschläge als Diskussionsgrundlage

Die Ländervertreter befassten sich eingehend mit der Neuregelung der Sicherungsverwahrung"

Die Justizstaatssekretäre und Staatssekretärinnen der Länder haben sich am 16. August 2011 in Berlin eingehend mit den bisherigen Vorschlägen des Bundesministeriums der Justiz zur Neuregelung der Sicherungsverwahrung befasst.

Diese bisherigen Vorschläge stellen eine geeignete Diskussionsgrundlage dar, auch wenn sie nach Auffassung der Länder noch deutlicher Änderungen bedürften. „Es ist dringend erforderlich, dass das Bundesministerium bis zur Justizministerkonferenz im September ein mit den Ländern abgestimmtes Gesamtkonzept vorlegt", sagte **Bettina Limperg**, Ministerialdirektorin im Justizministerium Baden-Württemberg: „Wichtig ist, dass unter Beachtung der verfassungsrechtlichen Vorgaben keine Sicherheitslücken entstehen."

Nach Ansicht der Justizstaatssekretäre und Staatssekretärinnen der Länder sind zum Beispiel Sicherungen gegen unvorhergesehene Entlassungen im gerichtlichen Verfahren notwendig. Es sei auch erforderlich, klare Regelungen zum Umgang mit dauerhaft therapieunwilligen Untergebrachten zu treffen. Insbesondere fehlen noch wesentliche Vorschläge des Bundesministeriums

- zu den künftigen Voraussetzungen der Sicherungsverwahrung
- zu den Anlasstaten der Sicherungsverwahrung und
- zu der künftigen Rolle des Therapieunterbringungsgesetzes.

Die Länder erwarten vom Bundesministerium der Justiz, dass hierzu umgehend konkrete diskussionsfähige Formulierungen vorgelegt werden. Ansonsten erscheint eine Verständigung auf der Justizministerkonferenz am 22. September 2011 in Berlin kaum mehr möglich. Damit wäre eine rechtzeitige vollständige gesetzliche Neuregelung auf Bundes- und Landesebene gefährdet.

Auszug aus: Behörden Spiegel / Juli 2011, S. 33

JVA Offenburg zurück ans Land?

Minister Stickelberger will vorher zur Visite

(BS/Julian Einhaus) Der seit Mai im Amt befindliche baden-württembergische Justizminister Rainer Stickelberger will offenbar das teilprivatisierte Gefängnis in Offenburg wieder komplett vom Land betreiben lassen. Im grün-roten Koalitionsvertrag steht, dass Justiz und Rechtspflege nicht in private Hände gehören - doch was ist mit den dortigen Dienstleistungen? Der Justizminister will sich im Juli selbst ein Bild von der Lage vor Ort machen.

„Der Koalitionsvertrag ist eindeutig, genauso wie die Äußerungen des Justizministers **Rainer Stickelberger** in der jüngsten Vergangenheit", erklärte **Alexander Schmid,** Chef des Bundes der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands **(BSBD)** in BadenWürttemberg.

„Wir sind froh darüber, dass unsere jahrelangen Bemühungen nun Früchte tragen, den Betrieb der JVA Offenburg wieder ausschließlich durch hochqualifizierte staatliche Strafvollzugsbeamte zu leisten."

Gegen den einfachen Bau und die Instandsetzung von Gefangnisgebäuden im Rahmen von PPPs sei grundsätzlich nichts einzuwenden, betont Schmid.

Diesen Part der öffentlich-privaten Zusammenarbeit betrifft in Offenburg das zur Strabag zählende Bauunternehmen Züblin. Es hat den 56 Millionen Euro teuren Gefängnisbau für 500 Gefangene errichtet und ist bis 2020 im Rahmen eines Instandhaltungsmodells für die Reparatur und Wartung von Gebäude und Anlagen verantwortlich.

Dazu gehört vor allem auch die Installation der umfangreichen Sicherheitstechnik, wie beispielsweise die Videoüberwachung, Personensicherungsanlage (PNA), Schlosssteuerung, Körperschalldetektion, Gefahrenmeldeanlage und Handydetektion.

40 Prozent durch Private

Anders beurteilt **Schmid** „gewinnorientierte Unternehmen" bei der tagtäglichen Arbeit mit den Gefangenen: „Es ist schwierig zu sagen, wo die Beschäftigung im Gefängnisbetrieb tatsächlich keinen Eingriffscharakter hat, da an allen Stellen Fachleute mit offenen Augen und Ohren benötigt werden."

Aus diesem Grunde müsse der Justizvollzug staatliche Kernkompetenz bleiben, fordert der Gewerkschafter, der

Alexander Schmid, Chef des Bundes der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD) in Baden-Württemberg.

selbst als Vollzugsbeamter in der JVA Konstanz stets mit Inhaftierten zu tun hat.

Unverständlich ist für ihn deshalb, dass Stickelbergers Vorgänger, der langjährige Baden-Württembergische Justizminister **Prof Dr. Ulrich Goll** (FDP), den Betrieb des Gefängnisses überhaupt in PPP-Form organisiert hat – als erstes Gefängnis im Land. Die **Kötter Justizdienstleistungen GmbH** übernimmt seither einen Teil der Bewirtschaftung rund um die Gefangenen.

Abgeschlossen wurde ein Fünfjahresvertrag, dieser läuft erst 2014 aus. Nach den damaligen Worten Golls handelte es sich dabei um Tätigkeiten, denen kein Zwangs- oder Eingriffscharakter zukomme.

Die Fa. Kötter beschäftigt rund 100 Mitarbeiter

Das Spektrum umfasst von Hilfsdiensten an der Außenpforte über die Verpflegung der Inhaftierten bis hin zur medizinischen, psychologischen und sozialen Betreuung weitreichende Leistungen. Rund 100 Mitarbeiter beschäftigt **Kötter** alleine in der JVA Offenburg und übernimmt damit etwa 40 Prozent aller Leistungen.

230 Gefangene in Vollbeschäftigung

Das Unternehmen erklärt, dass man in den vergangenen zwei Jahren in der JVA Offenburg sehr erfolgreich gearbeitet habe. „So herrscht z. B. in den von uns geführten Unternehmerbetrieben mittlerweile mit rund 230 täglich beschäftigten Gefangenen Vollbeschäftigung.

Dies sei von Bedeutung, erklärt die **Kötter GmbH**, „da die Beschäftigung in Arbeitsbetrieben genau wie die schulische und berufliche Ausbildung fester Bestandteil der Qualifizierung und ein wichtiger Beitrag für eine gelungene Resozialisierung ist." Die ÖPP verschaffe dem Land zudem den Vorteil, dass die Vollzugsbeamten sich auf ihre Kernaufgaben fokussieren sowie Hilfs- und Unterstützungsaufgaben einem dafür qualifizierten und erfahrenen Dienstleister überlassen könnten. Aus diesem Grunde geht der Dienstleister davon aus, dass das Land Baden-Württemberg und **Kötter Justizdienstleistungen** den Vertrag, so wie er geschlossen wurde, gemeinsam erfüllen. Dazu stehe man in engem Kontakt mit dem Justizministerium.

Letztlich würden jene Argumente, die zum Vertragsabschluss geführt hätten, für eine weitere Zusammenarbeit sprechen – in Offenburg wie auch in anderen Bundesländern.

Zwischen A 7 und A 9

Kern dieser Argumentationslinie für ÖPP sind normalerweise Effizienz- und Einsparpotenziale. Diese Effekte seien aber in der Gefängnisbewirtschaftung vergleichsweise gering, so **Schmid**.

Das Gros der Strafvollzugbeamten ist im Mittleren Dienst, die meisten der uniformierten Kollegen befinden sich zwischen den Besoldungsstufen A 7 und A 9. „Finanziell eigentlich eine relativ günstige Aufgabe der Länder", findet **Schmid.**

Für die JV Offenburg sei durch die ÖPP mit Einsparungen von einer Million Euro innerhalb von fünf Jahren zu rechnen.

Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!
www.1a-Beamtendarlehen.de
Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD
0800-040 40 41
Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren
NÜRNBERGER Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung Andreas Wendholt · Pf. 3136 · 46314 Borken-Weseke

Am 26. August 2011 im Justizministerium in Stuttgart:

Gespräch der Fachgruppenvertreter mit Ministerialrat Oliver Weik

Am 26. August 2011 trafen sich in Stuttgart sechs Fachgruppenvertreter mit dem Landesvorsitzenden Alexander Schmid und seinem ersten Stellvertreter Georg Konrath. Zunächst war eine Vorbesprechung um 10.30 Uhr für das Gespräch mit Ministerialrat Oliver Weik anberaumt und nach dem Mittagessen um 12.00 Uhr ging es dann um 13.30 Uhr zum Justizministerium in die Urbanstraße. Dort stieß auch Pressereferent Wolfgang Klotz zu den BSBD-Kollegen.

BSBD-Fachgruppenvertreter bei Herrn Ministerialrat Weik - v.l.n.r.: Georg Konrath (stv.Vorsitzender), Dieter Scheufler (PädD), Wolfgang Neureuther (TD/WD), Detlef Hamacher (KPfID), Hans Karl (GehD), Jürgen Scheike (AVD), Friedrich Prange (SozPädD), Ministerialrat Oliver Weik, Alexander Schmid (Vorsitzender). Foto: wok

Pünktlich um 13.30 Uhr traf **Ministerialrat Weik** ein und er eröffnete zusammen mit dem Landesvorsitzenden **Alexander Schmid** das Gespräch. Soviel sei vorweg genommen: Trotz einer Außentemperatur von fast 40 Grad Celsius im Schatten des Stuttgarter Kessels wurde der Dialog weder überhitzt noch zur physischen Abkühlung eisig geführt. Das ausgiebige Gespräch gestaltete sich sehr sachlich und praxisorientiert in angenehmer und aufgeschlossener Atmosphäre.

Nach der allgemeinen freundlichen Begrüßung durch **Ministerialrat Weik** dankte der Vorsitzende **Schmid** sehr für die unkomplizierte und rasche Terminierung dieser Zusammenkunft. Er hob auch nochmals die ausgezeichnete Kooperation mit der Abteilung Justizvollzug hervor, die u. a. bei der Erarbeitung der Gestaltung der „neuen blauen Uniform“ und bei den neuen Regelungen zum Schicht- und Wechseldienst zu guten Ergebnissen und damit zu beachtlichen Erfolgen geführt hätten. In diesem Sinne wolle man auch das nun anstehende Gespräch angehen.

Als **Fachgruppenvertreter** waren dabei:

- **Hans Karl** (JVA Stuttgart) für den **gehobenen Dienst,**
- **Friedrich Prange** (JVA Heimsheim) für den **sozialpädagogischen Dienst,**
- **Dieter Scheufler** (JVA Heilbronn) für den **pädagogischen Dienst,**
- **Wolfgang Neureuther** (JVA Heilbronn) für den **Technischen Dienst/ Werkdienst,**
- **Jürgen Scheike** (JVA Mannheim) für den **Allgemeinen Vollzugsdienst**,
- **Detlef Hamacher** (JVA Rottenburg) für den **Krankenpflegedienst**
- **Harro Rose** (JVA Schwäbisch Hall) für den **ärztlichen Dienst**.

Über einen Zeitraum von mehr als drei Stunden konnten die Fachgruppenvertreter offen und ausführlich die Anliegen und Wünsche ihrer Kollegen und Kolleginnen aus den jeweiligen Fachgruppen vortragen.

Dabei kamen vielfältige aktuelle Fragen und Probleme aus der gesamten Personalstruktur und der Personalorganisation in den Justizvollzugsanstalten zur Sprache. Schwerpunkte waren natürlich Angelegenheiten aus folgenden Bereichen:

- Besoldung, Beurteilungen und Beförderungen,
- Ausbildung, Fortbildung und Aufstiegsmöglichkeiten,
- Qualifikation, Funktionszuteilung und Verantwortung,
- Zusammenlegung oder Differenzierung und Eigenständigkeit von Laufbahnen,
- Gewinnung von Personal und Fachkräften sowie allgemeine Personalentwicklung.

Aber auch die Behandlung und Sicherung der Gefangenen im Allgemeinen wurde ebenso angesprochen wie der Umgang mit erkrankten und suchtabhängigen Insassen.

Soweit zunächst eine erste Berichterstattung. Der Landesvorstand bittet um Verständnis, dass bei der Komplexität der behandelten Themen endgültige Ergebnisse noch nicht vorliegen können und überdies noch eine Auswertung vom Landesvorstand und ggf. auch von den einzelnen Fachgruppenvertretern vorgenommen werden muss. Jedenfalls konnten die Gesprächsteilnehmer feststellen, dass man beim Personalreferenten der Abteilung an der richtigen und vor allem kompetenten Adresse war.

Zu den fachkundigen Beiträgen im einzelnen und zu den Erkenntnissen aus der gemeinsamen Aussprache wird in den kommenden Ausgaben des **VOLLZUGSDIENST** noch ausführlich zu berichten sein.

Für **Ministerialrat Weik** hat sich – wie er sagte – mit diesem **BSBD**-Gespräch ein interessantes, aufschlussreiches und praxisorientiertes Spektrum aufgetan,

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.
0800 - 1000 500
Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns,
seit über 30 Jahren.

Beamtendarlehen supergünstig
Hypotheken- und Beamtendarlehendiscounter
- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamtendarlehen ab 10.000 € - 120.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%

AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Fax: (0621) 178180-25
Info@AK-finanz.de
www.AK-Finanz.de

Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.
Äußerst günstige Darlehen z.B. 30.000 € Sollzins (fest gebunden) 5,7%, Lfz. 84 Monate, mtl. Rate 434 € effektiver Jahreszins 5,85%, Bruttobetrag 36.456 € Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten oder Restschuldversicherung.

das ihm zu keinem Zeitpunkt langweilig geworden sei und so manche neue Einsicht in die praktische Vollzugsarbeit eröffnet hätte.

Er dankte deshalb den Fachgruppenvertretern und dem Landesvorstand für die vielen Beiträgen und differenzierten Ausführungen, auch wenn nicht alle Anliegen erfüllt werden könnten.

Der Landesvorsitzende **Alexander Schmid** dankte Herrn **Ministerialrat Weik** für sein interessiertes und geduldiges Zuhören sowie für die lange Zeit von über drei Stunden, in denen die Fachgruppenvertreter ihre Gedanken vortragen konnten.

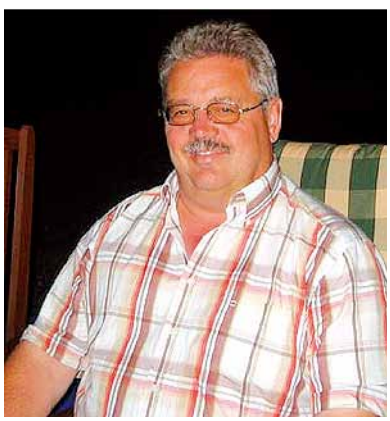
So kam man auch überein, vergleichbare Gespräche zum Gedankenaustausch auch künftig zu ermöglichen.

Dies kann besonders für die Fachgruppenvertreter von Bedeutung sein, die dieses Mal nicht dabei sein konnten. Für den Vertreter des mittleren Verwaltungsdienstes – Kollegen **Klaus Frank** (JVA Mannheim) – ist bereits ein weiterer Termin vorgesehen. Sollten noch andere Fachgruppenvertreter/innen Gesprächsbedarf sehen, werden sie gebeten, mit dem **Landesvorsitzenden Schmid** Verbindung aufzunehmen. *wok*

Wir trauern um unseren lieben Kollegen, der völlig unerwartet und viel zu früh von uns ging.

Eberhard (Garry) Kober

* 26. 12. 1949 – † 01.08.2011



Seine Herzlichkeit und Hilfsbereitschaft über viele Jahrzehnte werden wir immer in guter Erinnerung behalten.
Unser Mitgefühl gilt seiner ganzen Familie und Angehörigen!

Ortsverband Sozialtherapeutische Anstalt Baden-Württemberg

BSBD freut sich auf erste Begegnungen

Die Strafvollzugsbeauftragten der vier Landtagsfraktionen

Die von den Landtagsfraktionen berufenen STRAFVOLLZUGSBEAUFTRAGTEN in der 15. Wahlperiode sind:

- **Jürgen FILIUS**, MdL, Bündnis 90/Die Grünen
- **Ernst KOPP,** MdL, SPD
- **Karl ZIMMERMANN**, MdL, CDU
- **Prof. Dr. Ulrich GOLL**, MdL, FDP.

Der **BSBD**-Landesverband hat es mit den Abgeordneten **ZIMMERMANN** und **Prof. Dr. GOLL** sozusagen mit „langjährigen guten Bekannten" zu tun, die nicht mehr vorgestellt werden müssen. **Karl Zimmermann** ist seit seiner ersten Wahl in den Landtag von Baden-Württemberg im April 2001 mit dieser Aufgabe betraut. **Prof. Dr. Ulrich Goll** wurde noch in einer Pressemitteilung des Justizministeriums vom 13. 04. 2011 gewürdigt, dass er auf die längste Amtszeit eines Landesjustizministers – nämlich auf 13 Jahre, 2 Monate und 16 Tage – zurückblicken könne, womit er auch für diese lange Zeit die politische Verantwortung für den Justizvollzug trug. Bei den vielen Begegnungen des **BSBD** mit diesen beiden Persönlichkeiten – insbesondere mit dem ehemaligen Justizminister – herrschte zwar nicht immer „eitel Sonnenschein", aber stets war die Kommunikation fair und respektvoll, sachlich und zielgerichtet; die Kooperation hatte eine belastbare Basis. Mit dieser Maxime wird der **BSBD** auch den beiden neuen Strafvollzugsbeauftragten der Regierungsfraktionen begegnen.

Der **Abgeordnete Jürgen FILIUS** von der Fraktion der GRÜNEN kommt aus dem **Wahlkreis ULM**, wo er das Zweitmandat errungen hat. Er ist 1960 in Berlin geboren und 1961 nach Ulm übergesiedelt. Er ist verheiratet und Vater von drei Kindern im Alter von 15, 11 und 4 Jahren. In Heidelberg hat er Rechtswissenschaften studiert und war seit 1992 in Ulm als Rechtsanwalt tätig, zuletzt mit eigener Kanzlei. Ab 1997 war er Stadtrat in Ulm und zuletzt Fraktionsvorsitzender im Gemeinderat und Vorsitzender des Kreisverbandes Ulm des Bündnis 90/Die Grünen. Er ist vielfach in regionalen Vereinen engagiert.

Der **Abgeordnete Ernst KOPP** von der SPD-Fraktion hat im **Wahlkreis RASTATT** das Zweitmandat erhalten. Er ist Jahrgang 1954 und in Ottersdorf geboren. Er ist seit 1984 verheiratet und Vater von zwei Söhnen im Alter von 24 und 21 Jahren. Vor seiner Wahl zum Bürgermeister der Gemeinde Bietigheim im Jahre 1992 war er Sozialversicherungsfachangestellter der LVA Baden. Er war und ist in vielfachen Funktionen als Mitglied des Kreistages Rastatt tätig und ist auch Mitglied im Planungsausschuss des „Regionalverbandes Mittlerer Oberrhein". Zudem gehört er seit 1972 der Gewerkschaft ver.di an, wo er viele Jahre im Vertrauensleutekörper mitarbeitete. Auch er ist in mehreren örtlichen Vereinen engagiert.

Der BSBD freut sich und ist gespannt auf erste Begegnungen mit den neuen und den bisherigen Strafvollzugsbeauftragen, wobei sich Zusammenkünfte durch entsprechende Einladungen des Landesvorstands wohl alsbald ergeben werden.

Besuch aus Amerika

Informationsaustausch in der Krankenabteilung der JVA Heilbronn

Eine Hospitation der besonderen Art wurde in der Krankenabteilung der Justizvollzugsanstalt Heilbronn am 19.10.2010 ermöglicht. Durch gute Kontakte unserer Revier-Kollegin Elke Rennstich über den großen Teich, ergab sich die Möglichkeit, eine Krankenschwester aus den USA einzuladen.

Diese Idee fanden die Anstaltsärztin, sowie die Anstaltsleitung sehr positiv, so dass das Treffen organisiert werden konnte. Kollegin **Silvia Sherer** ist für die medizinische Versorgung von Strafgefangenen in einem Krankenhaus in Pennsylvania zuständig.

Nach einer Besichtigung der Anstalt mit der Unterbringung der Gefangenen und dem Krankenrevier mit seiner Ausstattung, kam es zu einem sehr interessanten Gesprächsrunde. Durch die guten Deutschkenntnissen unseres Gastes, war die Verständigung überhaupt kein Problem.

Vor allem die Themen Behandlung, Versorgung und Therapien wurden verglichen und zeigten ein sehr gutes me-

dizinisches Bild im Baden-Württembergischen Strafvollzug. Ihr ist auch aufgefallen, welch hoher Stellenwert das Revier mit ihrem Personal innerhalb der Anstalt hat. Auch die Menschlichkeit und die Würde gegenüber den Inhaftierten werde hier mehr respektiert, als in ihrer Heimat.

In einer E-Mail nach Rückkehr in die Staaten fasste Kollegin **Sherer** in kurzen Sätzen nochmals zusammen (unveränderter Text):

Hier ist die Hausaufgabe dich ich Dir nun zuschicken werde. Ich hoffe ihr werdet verstehen es war für mich ein sehr informationshaltiger Besuch bei euch in der Vollzugsanstalt.

Also nun Sehr geehrte Damen und Herren! Zuerst möchte ich mich recht herzlich für Ihre Aufnahme in der Vollzugsanstalt Heilbronn bedanken. Erstens wurde ich recht herzlich von all den Kollegen empfangen. Jeder war sehr zuvorkommend und sehr verständig.

Sie haben mir all die Fragen beantwortet die ich hatte, und ich habe auch meine Kenntnisse von Amerika mit den Kollegen

ausgetauscht. Zweitens war ich sehr überrascht wie ein Gefängnis innen aussieht. Es war sehr warm und familienorientiert.

Man fühlt sich nicht eingeschlossen, nur der Schlüssel bringt einem zur Realität zurück.

Ich war sehr begeistert über die Therapien die in der Vollzugsanstalt angeboten werden. Ich hatte das Gefühl bei Ihnen wird noch die Menschlichkeit sehr hochgeschätzt. Egal welche schwerverbrechenden Menschen bei Ihnen sind.

Drittens, ich werde nie vergessen einen so lehrreichen Tag empfangen zu haben. Auf meiner Arbeitsstelle werde ich immer diese Erkenntnis einbeziehen.

Da ich eine Critical Care ER! Nurse bin. Mit den Gefangenen die ich in Kontakt komme werden unter anderen hier eingestuft und behandelt. Ich kann nur sagen ich werde die Menschlichkeit von Ihnen allen in meine Praxis einbeziehen.

Ich würde sagen „Job well done".

Dieser Besuch und Informationsaustausch war für alle Beteiligten sehr interessant und lehrreich. Es zeigte doch auf, wie unterschiedlich die medizinische Versorgungen in zwei verschiedenen Ländern, bzw. Vollzugsarten sein können.

Es ist sehr wichtig, dass sich der **BSBD** weiterhin für die Belange und die Stellensituation in unseren Krankenstationen einsetzt, damit Qualität, Leistung und Motivation der Kollegen und Kolleginnen diesen hohen Standard erhalten können.

Zur allgemeinen Information

Anhebung des Pensionseintrittsalters für Beamtinnen und Beamte

Auf vielfachen Wunsch hat der Landesvorsitzende die auf uns zukommende Staffelung des Eintrittsalters in den Ruhestand bis zum Jahre 2029 tabellarisch zusammengestellt (allerdings „ohne Gewähr" wegen der immer noch nicht beendeten politischen Diskussion zu diesem Thema). Diese Aufstellung wurde bereits allen Ortsverbänden im Land zugeleitet; zur allgemeinen Information wird sie nun hier nochmals abgedruckt:

- **des allgemeinen Vollzugsdienstes**
- **des Werkdienstes bei den Justizvollzugseinrichtungen**

Sie treten in den Ruhestand bei Geburt im Jahr mit dem Ablauf des Monats, in dem Sie das

- **1951 oder früher:** 60. Lebensjahr vollenden;
- **1952:** 60. Lebensjahr und einen Monat vollenden;
- **1953:** 60. Lebensjahr und zwei Monate vollenden;
- **1954:** 60. Lebensjahr und drei Monate vollenden;
- **1955:** 60. Lebensjahr und vier Monate vollenden;
- **1956:** 60. Lebensjahr und fünf Monate vollenden;
- **1957:** 60. Lebensjahr und sechs Monate vollenden;
- **1958:** 60. Lebensjahr und sieben Monate vollenden;
- **1959:** 60. Lebensjahr und acht Monate vollenden;
- **1960:** 60. Lebensjahr und neun Monate vollenden;
- **1961:** 60. Lebensjahr und zehn Monate vollenden;
- **1962:** 60. Lebensjahr und elf Monate vollenden;
- **1963:** 61. Lebensjahr vollenden;
- **1964:** 61. Lebensjahr und zwei Monate vollenden;
- **1965:** 61. Lebensjahr und vier Monate vollenden;
- **1966:** 61. Lebensjahr und sechs Monate vollenden;
- **1967:** 61. Lebensjahr und acht Monate vollenden;
- **1968:** 61. Lebensjahr und zehn Monate vollenden.

Beamtinnen und Beamte ohne besondere Antragsaltersgrenze erreichen die Altersgrenze bei Geburt im Jahr mit dem Ablauf des Monats, in dem Sie das

- **1946 oder früher:** 65. Lebensjahr vollenden;
- **1947:** 65. Lebensjahr und einen Monat vollenden;
- **1948:** 65. Lebensjahr und zwei Monate vollenden;
- **1949:** 65. Lebensjahr und drei Monate vollenden;
- **1950:** 65. Lebensjahr und vier Monate vollenden;
- **1951:** 65. Lebensjahr und fünf Monate vollenden;
- **1952:** 65. Lebensjahr und sechs Monate vollenden;
- **1953:** 65. Lebensjahr und sieben Monate vollenden;
- **1954:** 65. Lebensjahr und acht Monate vollenden;
- **1955:** 65. Lebensjahr und neun Monate vollenden;
- **1956:** 65. Lebensjahr und zehn Monate vollenden;
- **1957:** 65. Lebensjahr und elf Monate vollenden;
- **1958:** 66. Lebensjahr vollenden;
- **1959:** 66. Lebensjahr und zwei Monate vollenden;
- **1960:** 66. Lebensjahr und vier Monate vollenden;
- **1961:** 66. Lebensjahr und sechs Monate vollenden;
- **1962:** 66. Lebensjahr und acht Monate vollenden;
- **1963:** 66. Lebensjahr und zehn Monate vollenden

Vorgestellt:

Neuer Ausweis des BSBD Baden-Württemberg

Hier stellt der Landesvorstand nochmal den neuen Mitgliedsausweis vor, der nach nunmehr über 50 Jahren den alten Ausweis auf einem DIN A6-Pappdeckel abgelöst hat.

Wir finden, der „NEUE“ ist in Gestaltung und Farbgebung – dank Einsatzes unseres Vorstandsmitgliedes **Lars RINKLIN** – sehr gut gelungen – und er war auch noch preisgünstig!

Mittlerweile sind die Ausweise im Scheck-Karten-Format über die einzelnen Ortsverbände des Landes oder mit der Post an alle Mitglieder: an die aktiven weiblichen und männlichen Bediensteten sowie an die Pensionäre und Pensionärinnen ausgeteilt worden. Sollten vereinzelt Probleme aufgetaucht sein, bitten wir, mit den jeweiligen Ortsverbandsvorständen Kontakt aufzunehmen.

Mit dem Ausweis können sich die Kolleginnen und Kollegen nicht nur als **BSBD**-Mitglied zu erkennen geben, sie können ihn auch zum Erlangen von „Mitgliedervorteilen“ bei den Firmen, Einrichtungen und Dienstleistern einsetzen, mit denen ortsansässig oder überregional von den Ortsverbänden bzw. vom Landesverband Sonderkonditionen vereinbart worden sind. Probieren Sie’s einfach aus! *wok*

Der Ortsverband Offenburg stellt sich vor:

Gewerkschaftliche Vertretung ist unabdingbar

Seit schon 2 Jahren ist die JVA Offenburg im Betrieb. Am 4. Mai 2011 konnte nun ein komplett aufgestellter Vorstand seine Vorstandsitzung durchführen. Der 1. Vorsitzende, Herr Rexter, begrüßte alle anwesenden Vorstandsmitglieder und wünschte nochmals allen neuen Vorstandsmitgliedern viel Freude und Erfolg bei der Ortsverbandsarbeit.

So gleich ging es in die Tagesordnung über, beginnend mit dem Rückblick auf die letzte Vorstandsitzung ging es dann zum Thema Werbemanagement des OV Offenburg sowie Werbeartikel. Der Vorstand war sich einig: „Wir wollen jeden Kollegen ob alt oder jung in unseren Reihen begrüßen und über unsere Gewerkschaft informieren“.

Die JVA Offenburg, aufgrund des Pilotprojekts „Teilprivatisiert“, in aller Munde, will sich der **BSBD** Ortsverband auch in der regionalen Presse einbringen und über ihre Arbeit als OV in der JVA Offenburg informieren.

Damit soll die Arbeit hinter den Anstaltsmauern für den Bürger transparenter und akzeptabler werden, so der Vorstand. Zugleich soll der Bürger über die Fachgewerkschaft **(BSBD)** aufmerksam gemacht werden. Auch für uns, die im Justizvollzug ihren Dienst versehen, ist eine Gewerkschaftliche Vertretung unabdingbar, so der Vorstand weiter.

Aktivität des Ortsverbandes, auch dies war Thema. So soll es dieses Jahr ein Oktoberkegeln des Ortsverbandes geben. Nähere Details sind noch in der Planung aber eines steht schon mal fest, es wird eine gesellige Veranstaltung.

Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen:

- 1. Vorsitzender: Boris Rexter
- Stellv. Vorsitz: Joseph Fink
- Kassierer: Michael Huber
- Schriftführer: Jürgen Schillinger
- Stellv. Schriftführer: Markus Hörmann (kommissarisch)
- Vertr. geh. Dienst: Heiko Oberle
- Vertr. AVD: Brunhilde Ringwald
- Vertr. Krankenpflegedienst: Markus Hörmann (kommissarisch)
- Vertr. Frauen: Manuela Mäder (kommissarisch)
- Vertr. Angestellte: Wolfgang Schmied
- Vertr. Pensionäre: Volker Dietzel
- Kassenprüfer: Bernd Kiefer und Volker Kersting

M. Hörmann

Im Bild von links nach rechts: Wolfgang Schmied, Markus Hörmann, Manuela Mäder, Jürgen Schillinger, Brunhilde Ringwald, Heiko Oberle, Boris Rexter, Josef Fink, Michael Huber. Es fehlt: Volker Dietzel, Bernd Kiefer, Volker Kersting.

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.
0800 - 1000 500
Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns,
seit über 30 Jahren.

Beamtendarlehen supergünstig
Hypotheken- und Beamtendarlehendiscounter
- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamtendarlehen ab 10.000 € - 120.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%

AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Fax: (0621) 178180-25
Info@AK-finanz.de
www.AK-Finanz.de

Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.
Äußerst günstige Darlehen z.B. 30.000 € Sollzins (fest gebunden) 5,7%, Lfz. 84 Monate, mtl. Rate 434 € effektiver Jahreszins 5,85%, Bruttobetrag 36.456 € Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten oder Restschuldversicherung.

5000-Meterlauf unter 19 Minuten

Erfolgreiches Landessportfest der Justizvollzugsbeamten

Bruchsal/Forst - Pünktlich um 8.30 Uhr nach Eintreffen des Justizministers Rainer STICKELBERGER (SPD) und der Schirmherrin Oberbürgermeisterin Cornelia PETZHOLD-SCHICK sowie Forsts Bürgermeister Reinhold GSELL konnte der Anstaltsleiter der JVA Bruchsal – Thomas MÜLLER – das 52ste Landessportfest der Justizvollzugsbeamten im Waldseestadion zu Forst eröffnen. Der Justizminister und der Anstaltsleiter sowie die beiden Gemeindeoberhäupter hoben hervor, dass sich mit den 800 Sportlern und vielen mitgereisten Kolleginnen und Kollegen motivierte Beamte eingefunden haben, die neben ihrem schweren Dienst hinter Mauern auch tolle sportliche Leistungen zeigen. Neben den Vertretern des Justizministeriums und den Anstaltsleitern waren auch der Vorsitzende des Hauptpersonalrates beim Justizministerium Georg KONRATH und die Landesvorsitzenden der Gewerkschaften BSBD Alexander SCHMID und Ver.di Hermann BURR gekommen und zeigten so ihre Verbundenheit.

Nach den vielen lobenden Worten begann das Turnier an verschiedenen Orten und Wettkampfeinrichtungen. Das **Fußballturnier** fand an drei Spielorten statt, das bis in die Abendstunden andauerte und das die Mannschaft der **JVA Offenburg mit 3:1 im Elfmeterschießen gegen die Gastgeber Bruchsal gewann.** Umso erfreuter waren die Gastgeber beim Fußballturnier der AH-Mannschaften. Hier eroberte die **Außenstelle Kislau** ungebremst mit 2:0 den ersten Platz und holte den Goldpokal. Bei der **Leichtathletik** hatte das Wetter im Laufe des Tages doch einige Kapriolen geschlagen, aber die Wettkämpfe liefen ohne Zwischenfälle reibungslos ab. Der **Adelsheimer Helmut Bauer** erzielte beim 1000-Meterlauf mit 3 Minuten und beim 5000-Meterlauf mit knapp unter 19 Minuten Tageshöchstleistung.

In den Wettkämpfen der Leichtathletik, Volleyball, Handball, Kegeln, Tennis, Tischtennis, Schießen, Schwimmen, Badminton und Tauziehen wurden die Siegerehrungen immer zeitnah nach dem jeweiligen Wettkampf vorgenommen. **Als Publikumsmagnet** hat sich das **Tauziehen** herausgestellt, bei dem die Gastgeberanstalt immerhin die Bronzemedaille errang. Die Mannschaftsehrungen erfolgten bei der Abendveranstaltung in der Waldseehalle. **Als beste Sportlerin des Tages mit den meisten Medaillen wurde Kristina AKLASSUO von der JVA Freiburg ausgezeichnet; bester Sportler des Tages wurde Gisbert EYTH von der JVA Ravensburg.**

Der Pokal für die erfolgreichste Anstalt ging an die JVA Mannheim.

Zwischen den Tanzeinlagen und den Siegerehrungen der Mannschaften heizte die **Guggenmusik Stobbel-Hoppla** aus Forst mächtig ein, bevor die **Garden der Odenheimer Karnevalsgesellschaft** mit ihren Showtänzen einen Augenschmaus boten. Ein ereignisreiches Turnier und ein gelungener Festabend endeten mit der Ankündigung, dass das **53. Landessportfest im Jahr 2013 in der Landeshauptstadt Stuttgart** stattfinden wird.

Thomas Friedl, JVA Bruchsal

Sieger des Schachturniers: Mladenko PRSKALO (Mannheim), Hans GUGGENHEIM (Mannheim), Alexander NICOLAI (Stuttgart).

Volleyball: Blick in die TSG Halle Bruchsal.

Gemeinsame Arbeit zieht Gegensätze an und macht nur stärker: stv. Landesvorsitzender Georg KONRATH und Stadionsprecher Thomas FRIEDL.